**Deutscher Bundestag**
**11. Wahlperiode**

**Drucksache 11/5885**

27. 11. 89

Sachgebiet 63

# Änderungsantrag

## der Fraktion der SPD

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990**

**hier: Einzelplan 12**
**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**
**— Drucksachen 11/5000 Anlage, 11/5562, 11/5581 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. In Kapitel 12 20 ist ein neuer Titel – Terminals für den kombinierten Ladungsverkehr Schiene/Straße – einzurichten. Mittelansatz für 1990 beträgt 100 Mio. DM. Für die Folgejahre wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 600 Mio. DM eingestellt, die wie folgt fällig wird:

1991: 150 Mio. DM
1992: 200 Mio. DM
1993: 250 Mio. DM

II. In Kapitel 12 18 wird der Ansatz des Titels 882 02 – Finanzhilfen an die Länder für Verkehrswege des öffentlichen Personennahverkehrs – um 250 Mio. DM erhöht.

Die Mehrausgaben sind durch Kürzungen in Kapitel 12 10 Titel 821 11 – Grunderwerb (Bundesautobahnen) – und Titel 821 21 – Grunderwerb (Bundesstraßen) – um insgesamt 50 Mio. DM und weitere Kürzungen der Ausgaben für den Straßenbauplan des Bundes um 200 Mio. DM zu finanzieren.

Bonn, den 27. November 1989

**Dr. Vogel und Fraktion**

*Begründung umseitig*

### Begründung

*Zu I.*

Die Transportkapazität auf der Schiene muß besser genutzt werden. Ökonomische und ökologische Gründe sprechen für eine Verstärkung der systemtechnischen Kooperation Schiene/Straße. Der Ausbau der Integration des Gesamtverkehrssystems ist bei zunehmendem Straßenverkehr unabdingbar. Die Straßen in den Hauptkorridoren des Verkehrs müssen entlastet werden. Gefahrgut gehört auf die Schiene.

Die Mittel sind durch Kürzung der Ausgaben für den Straßenbauplan des Bundes (Kap. 12 10) in Höhe von 100 Mio. DM aufzubringen.

### Begründung:

*Zu II.*

Die Ballungsgebiete der Bundesrepublik Deutschland stehen vor dem Verkehrsinfarkt. Die Innenstädte können eine weitere Zunahme des Autoverkehrs nicht mehr verkraften, die Abgas- und Lärmbelastung hat schon heute die Grenzen des Erträglichen und Verantwortbaren überschritten. Ein Umsteuern der Verkehrspolitik ist unumgänglich.

Der öffentliche Personennahverkehr braucht bei gleicher Transportleistung 90 Prozent weniger Fläche, 70 Prozent weniger Energie, Luftverschmutzung und Unfallzahlen werden um jeweils über 90 Prozent gesenkt. Der konsequente und zügige Ausbau der öffentlichen Nahverkehrssysteme ist die Verkehrspolitische Aufgabe der 90er Jahre, an der der Bund sich in angemessener Weise durch höhere Finanzhilfen beteiligen muß.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333